



Position des Verbandes Deutscher Papierfabriken e. V. (VDP) zur Biodiversitätsstrategie Nordrhein-Westfalen

01.02.2015

Der VDP begrüßt, dass die Landesregierung in dem NRW-Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen festgehalten hat, gegen das fortschreitende Artensterben durch die Entwicklung einer NRW-Biodiversitätsstrategie vorzugehen. Die deutsche Papierindustrie setzt sich jedoch für eine multifunktionale Forstwirtschaft zur Sicherung der Rohstoffversorgung und zum Schutz des Ökosystems Wald ein, denn unser Industriezweig ist direkt von einer nachhaltigen Holzversorgung abhängig.

Der weitaus größte Teil des in der Papier- und Zellstoffindustrie eingesetzten Holzes umfasst dabei Durchforstungsholz, das bei der Waldpflege anfällt, sowie Resthölzer, welche als Sägenebenprodukte in der Sägeindustrie anfallen (Hackschnitzel). Damit leistet die Papier- und Zellstoffindustrie einen entscheidenden Beitrag zur langfristigen Pflege und Erhaltung des Waldes und zur hochwertigen, effizienten Nutzung von Holz.

Wir sind im Hinblick auf die anspruchsvollen Klimaschutzziele der Bundesrepublik der Auffassung, dass eine ressourcen- und umweltschonende Nutzung der gegenwärtigen Waldfläche im Zuge einer multifunktionalen Forstwirtschaft gefördert werden muss. Vor diesem Hintergrund fordern wir auch, von der Errichtung weiterer Flächen für den segregativen Naturschutz, wie im Falle des geplanten, zusätzlichen Nationalparks in NRW, abzusehen.

Vor diesem Hintergrund fordert der VDP:

- Den Erhalt und die Ausdehnung der produktiven Waldfläche durch einen sofortigen Stopp von Flächenstilllegungen und Minimierung der Nutzungsbeschränkungen im Wald,

- eine vollumfängliche Erfassung aller bestehenden Schutzgebiete sowie aller zusätzlichen Nutzungsbeschränkungen auf forstwirtschaftlichen Flächen durchzuführen,
- die vorherige Evaluierung volkswirtschaftlicher Effekte in den von Schutzgebietsausweisungen betroffenen Regionen sowie der finanziellen Belastungen für die Grundbesitzer und den Landeshaushalt durchzuführen,
- bei Planungen zu Schutzgebieten frühzeitig einen öffentlichen und vor allem transparenten Informations- und Diskussionsprozess einzuleiten, der auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und auf ideologisch geprägten Populismus verzichtet,
- klare Bekenntnisse der Landesregierung zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zur vorrangig stofflichen Nutzung von Holz abzugeben und diese auch mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu belegen.